



ARTIKEL

Kommunikation • Presseschau 10.06.2021

Der GVB in den Medien

„Bankmagazin“ vom 3. Juni

Die Merkblätter, Rundschreiben und offiziellen Aussagen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu Bank und Kapitalmarktthemen kommen nicht immer wie erhofft bei den Instituten an. Insbesondere die sogenannte informelle Bankenregulierung sorge für Kontroll- und Rechtsstaatlichkeitsprobleme, berichtet die Fachzeitschrift „Bankmagazin“ in ihrer aktuellen Ausgabe. Diese habe Lars Klöhn, Professor für Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin, in einem Gutachten im Auftrag des Genossenschaftsverbands Bayern festgestellt. Der Rechtsexperte zeige sich besorgt, dass die Behörde eine weitere Normebene schafft.

„Süddeutsche Zeitung“ vom 8. Juni

Über die Entwicklung der Dividendenausschüttungen bei den Volks- und Raiffeisenbanken berichtete die „Süddeutsche Zeitung“. Der Autor beruft sich dabei auch auf Zahlen des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Die Mitglieder hätten wegen der Corona-Pandemie weniger Geld erhalten. Grund dafür seien Empfehlungen der EZB und Vorgaben der deutschen Bankenaufsicht, wonach nur die Banken Dividenden überweisen dürfen, die eine nachhaltig positive Ertragsprognose und ausreichende Puffer ausweisen würden. Das sei bei den Genossenschaftsbanken nicht gut angekommen, schreibt die „SZ“ und zitiert GVB-Präsident Jürgen Gros: „Man kann nicht Volksbanken und Raiffeisenbanken und Privatbanken, die an der Börse notiert sind, in einen Topf werfen“. Das Geschäftsmodell der Genossenschaftsinstitute sei grundsollide. Die ursprüngliche Vorgabe der Bafin hat quasi wie ein Zinsausschüttungsverbot gewirkt, kritisiert Gros. Wenn Mitglieder daraufhin ihre Mitgliedschaft kündigten und Einlagen wieder zurückforderten, würden Genossenschaftsbanken an Eigenkapital verlieren. Das wäre das Gegenteil dessen, was die Bafin mit dem Quasi-Dividendenverbot im Sinn gehabt habe, so der GVB-Präsident. Für 2021 prognostiziere er, dass die Volksbanken und Raiffeisenbanken Dividenden ausschütten dürfen und es auch tun werden.

Artikel auf „sueddeutsche.de“ lesen

